



Nachhaltigkeit und Umwelt

VAV Versicherung

Laut dem Wohnbarometer der VAV ist die Bereitschaft, finanzielle Nachteile zugunsten der Umwelt in Kauf zu nehmen, innerhalb eines Jahres deutlich gesunken. Aktuellen Daten zufolge würden 19 Prozent der Bevölkerung höhere Treibstoffpreise akzeptieren, 10 Prozent könnten sich mit einer höheren Besteuerung von Energie anfreunden, und 13 Prozent wären mit höheren Kfz-Steuern einverstanden. 42 Prozent hätten nichts gegen Steuerzuschläge für umweltschädliche Produkte, und fünf Prozent könnten sich eine generell höhere Mehrwertsteuer vorstellen.

Im Vergleich zu den Daten von 2021 zeigen sich durchweg höhere Zustimmungsraten. Damals konnten sich 15 Prozent höhere Energiepreise vorstellen, 21 Prozent höhere Treibstoffpreise, 13 Prozent eine Verteuerung von

Energiegebühren und 14 Prozent höhere Kfz-Steuern. 45 Prozent stimmten Steuerzuschlägen für umweltschädliche Produkte zu, und neun Prozent befürworteten eine durchgängige Erhöhung der Mehrwertsteuer.

Heute lehnen 45 Prozent der Studien-teilnehmer finanzielle Einschränkungen zugunsten einer lebenswerten Umwelt ab, im Vergleich zu 39 Prozent im Jahr 2021. Unter den Teilnehmern, die angaben, nicht umweltbewusst zu leben, liegt die Ablehnung bei hohen 67 Prozent.

Eine Ausnahme von diesem allgemeinen Trend sinkender Zustimmung zeigt sich bei der Abfrage von Kfz-Abgaben in Bezug auf gefahrene Kilometer. Hier nehmen 26 Prozent (vorher 22 %) eine Berechnung abhängig von der tatsächlichen Fahrleistung positiv auf.

Sven Rabe, Vorstandsvorsitzender der VAV-Versicherung, merkt an, dass zwischen den beiden Studien eine Phase mit hohen Energiepreisen und hoher Inflation lag, die den Bürgern bereits finanzielle Einbußen abverlangte. Daher seien die sinkenden Zustimmungsraten nicht überraschend und würden sich bei einer Verbesserung der wirtschaftlichen Situation auch nicht dauerhaft halten.

Eine hohe Zustimmung gibt es für die Extrabesteuerung umweltschädlicher Produkte. Über alle abgefragten Kriterien hinweg erhält das Thema „höhere Besteuerung umweltschädlicher Produkte“ mit 42 Prozent die größte Zustimmung. Die Zustimmung zu den einzelnen Vorschlägen von Aufschlägen zu Energiepreisen bis zu Erhöhungen der Mehrwertsteuer hängt stark

vom Einkommen ab. Grundsätzlich gilt: Je höher das monatlich verfügbare Einkommen, desto eher wird zugestimmt. Ein umweltbewusster Lebensstil verstärkt ebenfalls die Zustimmung zu finanziellen Opfern.

Lesen Sie mehr in der kommenden risControl Print-Ausgabe!